



Burkhard Lischka

*Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der SPD im
Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg*

*Rede zur Debatte im Stadtrat
„Rechtsextremismus in Magdeburg - Konsequenzen für die Stadt und ihre Bürger“
Ratssaal des Alten Rathauses der Landeshauptstadt Magdeburg
Magdeburg, 15. März 2007*

Sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
liebe Gäste und Medienvertreter,

in einer jüdischen Parabel fragte einst ein Rabbi in der Schule, woran man erkennen kann, dass die Nacht zu Ende ist und der Tag beginnt. Der erste Schüler antwortete: „Wenn ich aus 300m Entfernung ein Schaf von einer Ziege unterscheiden kann, dann ist die Nacht zu Ende und der Tag beginnt.“ Ein zweiter Schüler sagte: „Wenn ich aus 300m einen Feigenbaum von einem Ölbaum unterscheiden kann, dann ist die Nacht zu Ende und der Tag beginnt.“ So diskutierten die Schüler weiter, bis der Rabbi abbrach und zu ihnen sagte: „Wenn du eine Frau triffst und, egal, ob sie schwarz oder weiß ist, du zu ihr sagen kannst, du bist meine Schwester. Wenn du einem Mann begegnest und, egal, ob er arm oder reich ist, du zu ihm sagen kannst, du bist mein Bruder, dann ist die Nacht zu Ende und der Tag beginnt.“

Wir wissen, die Wirklichkeit ist vielerorts eine andere in Deutschland. Es ist dunkler geworden in den vergangenen Jahren. Seit 1990 sind mindestens 136 Mitbürgerinnen und Mitbürger durch rechtsextremistische Gewalt in unserem Land ums Leben gekommen. 12.238 rechtsextremistische Straftaten wurden im vergangenen Jahr in unserem Land verübt. Das sind 35 Straftaten Tag für Tag. Menschen werden durch Straßen gejagt, fürchten um ihr Leben, weil sie anderer Herkunft, anderer Hautfarbe, anderer Gesinnung oder weil sie behindert oder obdachlos sind. Erst vor knapp drei Wochen wurde ein jüdischer Kindergarten von Rechtsextremen in Berlin überfallen. Das Mobiliar wurde verwüstet, Spielgeräte mit SS-Runen besprüht, eine Brandbombe gezündet. In einem Kindergarten!

„Es scheint,“ so Charlotte Knobloch, Vorsitzende des Zentralrates der Juden und Überlebende des Holocaust, „es scheint, als würde gerade in Deutschland ein letztes Tabu fallen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die demokratische Ordnung, unsere Zivilgesellschaft lässt sich nicht durch wegschauen verteidigen. Die Rechten meinen es ernst. Jetzt sind wir alle gefordert. Was wir erleben ist eine Bewährungsprobe für alle Demokraten. Lassen Sie mich dies anhand eines bundesweit beachteten Beispiels im kommunalen Bereich erläutern:

Vor etwa 1 1/2 Jahren hatte der Stadtrat im mecklenburgischen Ücker münde einstimmig und fraktionsübergreifend beschlossen, dass in der Innenstadt überhaupt keine politischen Veranstaltungen mehr stattfinden dürfen.

Was war geschehen? Im Bundestagswahlkampf 2005 hatte die NPD regelmäßig Infostände mit riesigen Lautsprecheranlagen im Zentrum der schönen von Touristen besuchten Innenstadt aufgebaut, so dass die Stadt stundenlang mit ausländer- und demokratiefeindlichen Hetzparolen beschallt wurde. Innerhalb weniger Stunden war das Zentrum wie leergefegt. Die Kommunalpolitiker wussten sich nicht anders zu helfen, als künftig alle politischen Veranstaltungen in ihrer Stadt zu verbieten, auch die der demokratischen Parteien. Ein Ausdruck absoluter Hilflosigkeit. Anstatt den Platz zurückzuerobern, ihn den Rechtsextremen streitig zu machen, zog man sich zurück.

Dieses Beispiel zeigt die fatale Entwicklung, die uns alle mit Sorge erfüllen muss. Es zeigt, dass mancherorts eine geistige und emotionale Leere bei den Verantwortlichen, bei den Entscheidungsträgern entstanden ist, die uns beunruhigen muss.

Der Schriftsteller Ralph Giordano hat einmal den Mangel an Zivilcourage als die eigentliche Schande und Schmach der deutschen Geschichte bezeichnet. Die Verbrechen der Nationalsozialisten konnten geschehen, weil niemand den Tätern in den Arm fiel. Und gerade deshalb dürfen wir – angesichts unserer deutschen Geschichte - den Nazis von heute weder unsere Sicht der Dinge, noch unsere Sprache, noch unsere Straßen und Plätze überlassen.

Natürlich ist da die Politik als aller erstes gefordert. Und Initiativen und Ansätze gibt es viele, auch für uns auf kommunaler Ebene.

In der Kürze der Zeit ein Beispiel: In Deutschland gibt es inzwischen fast 300 kommunale Schulen, denen der Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ verliehen wurde. Um eine Schule ohne Rassismus zu werden, müssen sich mindestens 70% aller Schüler und Lehrer durch ihre Unterschrift zu den Grundsätzen einer Schule ohne Rassismus bekennen. Damit verpflichten sie sich auch, sich langfristig mit Projekten gegen Gewalt, Diskriminierung und Rassismus zu engagieren. Wir sollten als Stadt eine solche Aktion an den Schulen unserer Stadt initiieren und befördern. Einen entsprechenden Antrag kündige ich bereits heute durch unsere Fraktion für eine der kommenden Sitzungen an.

Wenn wir schon Bildung als die soziale Frage des 21. Jahrhunderts bezeichnen, dann ist es um so wichtiger, dass wir Bildung und Erziehung nicht nur auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zuschneiden. In den Köpfen junger Menschen muss mehr sein, als die Fähigkeit, sich im Konkurrenzkampf durchzusetzen. Wenn es auch in Zukunft demokratisch zugehen soll, müssen junge Menschen erlernen, Gleichheit von Ungleichheit und Recht von Unrecht zu unterscheiden. Es muss deutlich werden, dass die Werte und Regeln einer demokratischen, freiheitlichen und pluralistischen Zivilgesellschaft nicht beliebig sind und keine Selbstverständlichkeit darstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Zusammenhang mit jeglichen staatlichen und kommunalen Aktivitäten sage ich aber auch: Eine Gesellschaft, die Fußballern für den Wechsel von einem zum anderen Verein Millionenbeträge zahlt und die in Quizsendungen innerhalb weniger Minuten Zehntausende, Hunderttausende Euro verteilt, sollte nicht ausgerechnet das Engagement gegen Ausgrenzung, Rechtsextremismus und Gewalt mit leeren Händen unterstützen. Sonst könnte es eines Tages ein böses Erwachen geben.

Eins ist aber auch klar, meine sehr geehrten Damen und Herren,

was in einer zivilisierten und anständigen Gesellschaft getan werden muss, ist nicht allein Aufgabe des Staates. Es liegt in der Hand eines jeden Einzelnen von uns, sich zu engagieren, wenn die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens in Frage gestellt werden. Ansätze gibt es auch hier viele. So hat der Bundesligaclub Schalke 04 in seiner Vereinssatzung eine Regelung aufgenommen, wonach Mitglieder rechtsextremistischer Vereinigungen nicht Mitglied bei Schalke 04 sein dürfen. Ein Vorbild, so meine ich, auch für die Sportvereine in unserer Stadt. Und ich möchte unsere Vereine und allen voran den 1.FC Magdeburg sowie den SCM ausdrücklich ermuntern, ähnliche Regelungen in ihre Vereinssatzungen aufzunehmen.

Auch ist kein Zeitschriftenhändler in unserer Stadt gezwungen, Zeitungen, wie die Deutsche Nationalzeitung oder andere rechtsextremistische Presseerzeugnisse in seinem Laden, in seinem Kiosk zu vertreiben. Ich fordere alle Händler unserer Stadt auf: Nehmen Sie diese Hetzpropaganda aus ihrem Sortiment, setzen Sie so ein deutliches Zeichen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Wort noch zum Schluss an die Vertreter der NPD auf der Zuschauertribüne. Goebbels sagte einmal zum Einzug der NSDAP in den Reichstag: „Es wird wohl immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde.“

Sie haben ja großspurig das Ziel verkündet ab 2009 in Fraktionsstärke hier im Stadtrat sitzen zu wollen. Ich sage Ihnen eins in aller Deutlichkeit: Nazis haben in deutschen Parlamenten seit 1945 nichts, aber auch rein gar nichts mehr zu suchen! Ihre geistigen Vorbilder haben diesen Kontinent vor gut 60 Jahren in Schutt und Asche gelegt, Millionenfaches Leid, Vertreibung und Tod über uns und unsere Nachbarländer gebracht. Sie und Ihresgleichen stehen für die schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte und wir werden es nicht zulassen, dass Sie noch einmal die Möglichkeit erhalten, Millionenfaches Leid über die Menschheit zu bringen. Das sind wir den Opfern der nationalsozialistischen Barbarei schuldig.

In einer Demokratie gibt es viele Wege, Protest zum Ausdruck zu bringen. Rechtsextremisten zu wählen, gehört nicht dazu. In unserer ganzen Gesellschaft muss der breite Konsens gelten: Es ist zutiefst unanständig, Nazis zu wählen. Nie wieder! Das ist das Tabu! Dabei muss es bleiben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Es gilt das gesprochene Wort.]